

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

18.11.1904 (No. 384)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 18. November.

Nr. 384.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Überlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Regenbogenexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

1904.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 6. November 1904 gnädigt geruht, dem ersten Assistenten am chemischen Laboratorium der Technischen Hochschule in Karlsruhe und außerordentlichen Professor Dr. Roland Scholl die etatmäßige Amtsstelle eines außerordentlichen Professors für Chemie an der genannten Hochschule zu übertragen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 12. November l. J. wurde Bezirksarzt Dr. August Görig in Ueberlingen in gleicher Eigenschaft nach Pucheng versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Der Rücktritt des Kriegsministers André

war unausbleiblich geworden, wenngleich man ihn nicht gerade in diesem Augenblick erwartet hatte. Ein geachteter Kriegsminister konnte unmöglich auf unerschütterten Respekt in Militärfreien rechnen, seine Autorität war untergraben, seine Stellung unhaltbar. Mit dem General André verschwindet jedoch keine gleichgültige Figur. Er wurde von Waldeck-Rousseau ins Kriegsministerium berufen, als der Marquis v. Galliffet durch seine plötzliche Demission die ganze Regierung in die Luft zu sprengen drohte. Aus zahlreichen Veröffentlichungen und amtlichen Schriftstücken ist seit her bekannt geworden, welche Rolle Galliffet im Ministerium gespielt hat. Waldeck-Rousseau hatte ihn gleichsam ausgegraben, in der Meinung, daß der berühmte Reiterführer, das Muster französischer Ritterlichkeit, den Frieden mit der Armee herstellen, die unbotmäßigen Generale zum Gehorsam bringen und der bürgerlichen Gewalt gegenüber der militärischen die notwendige Geltung verschaffen werde. Galliffet stand jedoch mit allen Sympathien auf Seite dieser widerspenstigen Generale. Man weiß jetzt, daß er die gegen die Regierung gerichtete Aktion im Prozesse zu Rennes kräftig unterstützt hatte. Niemand konnte die Erklärung für die seltsame Tatsache finden, daß der Anführer im Revisionsprozeß zu Rennes offenkundig der Verbündete des früheren Generalstabschefs Boisdeffre und der früheren Kriegsminister Mercier und Villot war, die formell als Zeugen, in Wahrheit jedoch als Bevollmächtigte einer großen militärischen Partei dem Prozesse beizuhelfen. Jetzt besteht darüber kein Zweifel mehr, daß Waldeck-Rousseau sich geirrt hat, als er glaubte, Galliffet werde die Armee mit der Republik versöhnen. Je größer die Erfolge des Kabinetts Waldeck-Rousseau wurden und je mehr es der Klugheit eines bedeutenden Staatsmannes gelang, eine Wendung in der öffentlichen Meinung herbeizuführen, desto unbehaglicher mußte sich Galliffet im Kabinett fühlen und desto weniger konnten so durchaus verschiedene Elemente sich in der Arbeit vereinigen. Galliffet schied aus dem Ministerium, nicht ruhig, sondern geräuschvoll, mit großer Ostentation sich als Feind der Regierungspolitik bekennend. Es war schwierig, einen Nachfolger für Galliffet zu finden und endlich die Situation des Generals André, als er sich entschloß, das Portefeuille des Kriegsministers anzunehmen. André hat in den vier Jahren seiner Wirksamkeit tief eingreifende Veränderungen in der französischen Armee durchgeführt. Er packte das Uebel an der Wurzel, indem er die Ernennung der Generale wieder in den Machtbereich des verantwortlichen Kriegsministers brachte. Mit gleicher Entschiedenheit beseitigte General André die Mißbräuche, die sich bei der Erziehung der jungen Offiziere in den Militärschulen herausgebildet hatten. Er hat zweideutige Elemente aus dem Kriegsministerium wie aus dem Generalstabe entfernt, die Militärjustiz, deren Ruf in den letzten Jahren so schwer gelitten hatte, gesäubert und verbessert. General André hat in ein Wespennest gestochen, als er die besessene Hand anlegen wollte, um die französische Armee vor der ersten Gefahr politischer Parteibildung zu schützen. Wer einen so verzweifeltsten Kampf unternimmt und alle vergifteten Pfeile auf seine Brust lenkt, der ist verloren und muß den Sieg mit dem eigenen Leben bezahlen. Nur die Ohrfeige Syvetons hat André für einige Wochen gerettet. Die Kammer war schon vorher entschlossen, ihn zu stürzen, und hat ihn in der letzten Debatte nur deshalb unterstützt, damit nicht der Schein entstehe, daß der alte General durch einen hübschen Streich zu

Boden geworfen worden sei. Sein Nachfolger, der radikale Abgeordnete Vertheux, ist nicht der erste Zivilkriegsminister in Frankreich. Freycinet, einer der großen Organisatoren der Republik, der tatsächliche Generalstabschef Gambettas, hat dieses Amt wiederholt bekleidet, und ihm gebührt ein wesentlicher Anteil an der Wehrfähigkeit Frankreichs. Noch andere Beispiele ließen sich anführen, wie Cavagnac, der als Kriegsminister dem Kabinett Brißson angehörte und den Anstoß zu der Aufdeckung der Fälschungen des Obersten Henri im Dreyfus-Prozesse gab. Was jedoch niemals dagewesen ist, wird jetzt in Frankreich zur Tatsache. Ein Agent de change des Pariser Finanzmarktes wird Kriegsminister! Vertheux ist Mitglied der radikalen Partei, die sich radikal-sozialistisch nennt, aber mit den wirklichen Sozialisten nicht verwechselt werden darf. Den sozialistischen Beinamen hat diese Partei, weil sie den Altruismus oder auch den Mutualismus in ihrem Programme besonders stark betont. Der Gegenkandidat Vertheux bei den Abgeordnetenwahlen war ein Sozialist von der Richtung Jules Guesdes. Die Parteibezeichnung des Sozialradikalismus darf daher nicht den Glauben hervorrufen, daß die französische Armee gegenwärtig von einem sozialistischen Kommunismus oder Kollektivismus geführt werde, was immerhin eine historische Bikanterie wäre. Gewiß ist es, daß die Ernennung Vertheux, welcher die Politik Andrés nachhaltig unterstützte, den Entschluß Combes beweist, den jetzigen Weg nicht zu verlassen.

Die württembergische Gemeinde-reform.

— Stuttgart, 16. November.

Die Beratung der Gemeindeordnung, in welche die Abgeordnetenkammer alsbald nach ihrer Rekonstitution eingetreten ist, hat schon manche wichtige und interessante Entscheidung gebracht. So bei Artikel 8 die grundsätzliche Regelung der Selbstverwaltung und des lokalen Gesetzgebungsrechts der Gemeinden. Gerade in den Bestimmungen des Entwurfs über die Ortsstatute hatte die Gemeindevertreterversammlung, die einst so großen Rumor gemacht hat, nichts Geringeres als „das Ende“ der Gemeindeautonomie erblickt. Jetzt stellte der Berichterstatter der Abgeordnetenkammer zu Artikel 8 in dürren Worten fest, daß jene Ansicht der Gemeindevertreterversammlung auf einer „vollständig mißverständlichen“ Auffassung beruht habe, und nicht eine Stimme aus dem Hause erhob sich, um die Ansicht der Gemeindevertreter zu verteidigen. Ein Niederschlag freilich ist aus den Stimmungen, die jene Versammlung im Oktober 1902 beherrschten, auch in der Abgeordnetenkammer zurückgeblieben: die einseitige und übertriebene Wertschätzung des „Einspracherichts“ im Gegensatz zum „Genehmigungsrecht“. Hörte man gewisse demokratische Redner in der Kammer, so könnte man glauben, an dem Unterschied dieser Form in der Ausübung des staatlichen Aufsichtsrechts hänge Sein oder Nichtsein der Selbstverwaltung. In Wirklichkeit ist dieser Unterschied der Form allerdings nicht bedeutungslos, er schließt einen prinzipiellen Unterschied in sich, die Hauptsache aber sind doch die Voraussetzungen, an welche die Ausübung des staatlichen Aufsichtsrechts geknüpft wird. In dieser Beziehung nun ist der von der Kammer zum Beschluß erhobene Kommissionsantrag unbefriedigend und unhaltbar, und das konnte nicht besser dokumentiert werden als dadurch, daß aus der Mitte des Hauses ein Antrag kam, der für den Schutz der persönlichen Freiheit und der berechtigten Interessen gegenüber dem Belieben von Rathausmehrheiten ebenso sehr des Guten zu viel tat, wie der Kommissionsantrag in dieser Richtung zu wenig getan hatte. Es wäre dem Minister des Innern ein Leichtes gewesen, durch Begünstigung dieses Antrags die gegen den Entwurf stehende Einstimmigkeit des Hauses zu sprengen, aber die unbeirrbarste Loyalität, die er jederzeit auch in der Politik betätigt, mußte ihn davon abhalten, sich auch nur vorläufig eines Auswegs zu bedienen, der in mancher anderen Hinsicht wieder den staatlichen Interessen nicht entsprochen hätte. Das Verdienst jedoch hat der (von den Antragstellern schließlich zurückgezogene) Zentrumsantrag doch gehabt, daß er klargestellt hat, wie die Einstimmigkeit, mit der das Haus sich zuletzt für den Kommissionsantrag ausgesprochen hat, doch nur eine äußere Tatsache ist. Es besteht, das beweist dieser Antrag, in der Mitte der Kammer selbst das mehr oder weniger klare Gefühl, daß der Beschluß so, wie er lautet, nicht bleiben

kann, daß er nur eine vorläufig aufgestellte Tafel bedeutet, die im allgemeinen die Richtung anzeigt, in der das Haus marschieren möchte. Und voraussichtlich wird ja auch gerade dieser Artikel 8 einer derjenigen sein, die in der weiteren parlamentarischen Behandlung dieser schwierigen Gesetzgebungsfragen zu wiederholten Verhandlungen führen werden.

Ähnlich liegt die Sache mit der von der Kammer beschlossenen Beibehaltung des Bürgerausschusses, der durch die überhastete Gesetzgebung des Jahres 1849 seine natürliche Stellung im Gemeindeorganismus verloren hat und in seiner spezifisch württembergischen Form eine nahezu widersinnige Einrichtung darstellt, wie sie sich sonst in keinem anderen Staate findet. Es war ein unzweifelhafter Fortschritt des Entwurfs, daß er durch Aufhebung des Bürgerausschusses den Apparat der Gemeindeverwaltung klarer, einfacher, weniger schwerfällig und weniger Reibungen ausgefüllt gestalten wollte. Die Kammer dagegen hat in dieser Frage dem Schwergewicht der Gewohnheit und dem Druck der Popularität nachgeben zu sollen geglaubt. Nichts ist verdächtiger, als wenn demokratische Politiker plötzlich ihr „konservatives“ Herz entdecken; man darf da immer darauf wetten, daß dem Motte: „konservativ wo es nötig ist“ die Rücksicht auf wirkliche oder vermeintliche Stimmungen einflussreicher Wählerkreise nicht fremd ist. Die Gründe, die der Abg. R. Gaußmann als Referent für den Bürgerausschuß ins Feld führte, gäben, wenn sie zutreffend wären, ein sehr eigentümliches Bild von dem öffentlichen Geiste in unseren Gemeinden. Zuerst wählt die Bürgerschaft auf Grund des freiesten Gemeindevahlrechts, das in ganz Deutschland existiert, ihre Vertreter in den Gemeinderat; man sollte also denken, die Gemeinderäte wären Männer des allgemeinen Vertrauens. Aber weit gefehlt, es wendet sich gegen sie sogar sehr leicht das allgemeine Mißtrauen, und zur Beschwichtigung dieses Mißtrauens bedarf es einer zweiten Vertretung, des Bürgerausschusses. Der Wahlkörper und das Wahlverfahren sind zwar für diese zweite Vertretung ganz dieselben wie beim Gemeinderat, wiewohl letzterer auch ebenso häufig erneuert wird wie der Bürgerausschuß, nichtsdestoweniger macht die Bürgerschaft bei diesem zweiten Vertretungskörper von ihrem Wahlrecht nun erst den Gebrauch, den sie eigentlich schon bei der Gemeinderatswahl davon hätte machen müssen, sie wählt jetzt Männer, welche nicht die Schwächen der Gemeinderäte an sich haben, Männer, die keine „Sasager“ sind und nicht dem Verdacht des Eigennutzes — und des „Wirtschaftens in den eigenen Geldbeutel“ ausgesetzt sind, kurz Männer, denen das allgemeine Vertrauen der Bürgerschaft ebenso leicht zur Seite steht wie den Gemeinderäten das allgemeine Mißtrauen. Diese Bürgerausschuhmitglieder, die hiernach so trefflich geeignet sind, den Gemeinderat zu überwachen, brauchen aber ihrerseits erst eine „Schulung“, ehe sie in den Gemeinderat übertreten können; haben sie sich dann in der „Vorschule“ bewährt und rüden sie nun selbst in den Gemeinderat ein, dann freilich verfallen sie sofort auch wieder dem allezeit regen „Mißtrauen“ und bedürfen jetzt ihrerseits wieder der „Überwachung“, die sie vorher selbst ausgeübt haben, und so geht es im Zirkel in infinitum. Eine stärkere Verhöhung des allgemeinen Wahlrechts, als sie in dieser Gaußmannschen Rechtfertigung des unlogisch gewordenen Verhältnisses von Gemeinderat und Bürgerausschuß in der württembergischen Gesetzgebung liegt, dürfte sich nicht leicht finden lassen. Auch die hohe Bedeutung, die Herr Gaußmann gerade der „Gegensätzlichkeit“ beider Kollegien beimißt, wird man sich merken müssen, bis man einmal an die Verfassungsrevision und an das demokratische Verlangen nach Beseitigung der Ersten Kammer kommt. Denn wenn schon in den engen Verhältnissen kleinster Gemeinden das Vorhandensein zweier „gegenständlicher“ Vertretungskörper nützlich und notwendig ist, um wie viel weniger hat man dann Grund, bei den ungleich wichtigeren Angelegenheiten der Landesgesetzgebung sich über die in Württemberg allerdings recht häufige „Gegensätzlichkeit“ zwischen Erster und Zweiter Kammer zu beklagen. — Ein Ortsvorsteher äußerte bei der Beratung, man habe an dem Bürgerausschuß oft eine Stütze gegenüber dem Gemeinderat; in der Tat ist dieser Gesichtspunkt, die beiden „gegenständlichen“ Kollegien gegen einander auszuspielen und so diese nach dem Grundsatz divide et impera regieren zu können, sehr beachtenswert vom Standpunkt des Ortsvorstehers aus. Sollte er aber nicht zugleich den Politikern zu denken geben, die es als eine Hauptaufgabe der

Gemeindereform betrachten, die „Allmacht“ der Ortsvorsteher zu beschneiden?

Die Einstimmigkeit der Kammer, von der sich nur die sozialdemokratische Fraktion trennte, ist auch in dieser Frage eine mehr äußerliche; eine Reihe von Rednern zeigte sich der Beseitigung des Bürgerausschusses wenigstens in den kleinen Gemeinden geneigt und ließ sich davon nur durch gewisse, nach anderer Richtung gehende, übrigens vage, Befürchtungen abhalten. Wenn auf demokratischer Seite gleichwohl auf diese „Einstimmigkeit“ gepocht wird, so darf man wohl den Finger legen auf eine in der Kammer wie es scheint nicht beachtete Bemerkung des Ministers des Innern, die diesem nach all der Mühe, die er sich mit dieser Gemeindereform schon gegeben hat, gewiß nicht leicht von den Lippen geflossen ist, die Bemerkung, er müßte sich ja auch damit abfinden können, „wenn etwa der ganze Entwurf zu Fall käme“. In der Tat muß man mit einer solchen betrüblichen Eventualität um so eher rechnen, wenn durch „einstimmige“ Beschlüsse der gekennzeichneten Art Grundlagen geschaffen werden sollten, auf denen die „gegenwärtigen“ Anschauungen der gesetzgebenden Faktoren sich nur schwer zusammenzufinden vermöchten.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Sprengung des Kriegsschiffs „Mastoropny“.

(Telegramme.)

* London, 17. Nov. Aus Tschifu wird von gestern halb 4 Uhr telegraphiert: Der russische Konsul teilte dem Laotai amtlich mit, daß der „Mastoropny“ durch schwere See nach Tschifu getrieben und entschlossen sei, sich desarmieren zu lassen, da seine Maschinen beschädigt seien. Einer weiteren Depesche aus Tschifu von halb 7 Uhr zufolge, machte der Laotai dem japanischen Konsul dieserseits davon Mitteilung, daß die Desarmierung des „Mastoropny“ vollendet sei. Die Verschlussschlüsse der Geschütze und die Munition seien entfernt und die Maschine gebrauchsunfähig gemacht. Um 7 Uhr wurde Reuters Bureau aus Tschifu weiter telegraphiert, die Russen haben den „Mastoropny“ verlassen. Einer von ihnen blieb zurück und sprengte das Schiff in die Luft, man hörte drei dumpfe Explosionen und fast gleichzeitig versank das Schiff. Eine Erklärung dafür war gestern Abend nicht zu erlangen.

* Tschifu, 17. Nov. Zwei japanische Torpedobootszerstörer wurden im Eingang des Hafens gesehen. Zweifellos beschleunigten sie die Zerstörung des „Mastoropny“.

* Tschifu, 17. Nov. Reuters Bureau meldet: Der Kommandant des russischen Torpedobootszerstörers „Mastoropny“ hat heute auf Befragen berichtet, die Aufgabe des „Mastoropny“ sei die Beförderung von Depeschen gewesen. Die übrigen Schiffe seien in Port Arthur geblieben. Er sei um Mitternacht abgegangen. Japanische Torpedoboote hätten den „Mastoropny“ in Sicht bekommen und ihn verfolgt. Das Schiff sei aber den japanischen Schiffen an Schnelligkeit überlegen gewesen und nach Tschifu entkommen. Nachdem der „Mastoropny“ vor Anker gegangen war, machte ein chinesischer Kreuzer Dampf auf und kam längs des „Mastoropny“, während der Kapitän des chinesischen Kreuzers an Bord des „Mastoropny“ kam und mit dem Kommandanten sodann eine kurze Unterredung hatte. Kurz darauf kam der amerikanische Admiral an Bord, wurde aber ebenförmig wie der chinesische Kapitän aufgefordert, in die Kajüte einzutreten. Der chinesische Kapitän gestattete dem Dampfer 24 Stunden in Tschifu zu bleiben, da dann das Schiff gezwungen würde, abzurufen. Während dieser Unterredung waren Matrosen, die gesund und sorglos schienen, am Deck mit Laden von Torpedos beschäftigt. Nach der Unterredung legte der „Mastoropny“ am alten Ankerplatz des „Metshitelny“ bei, wo der russische Konsul an Bord kam, um Depeschen an Land zu nehmen. Die Befehle des „Mastoropny“ äußerte, in Port Arthur stehe es noch so gut wie vor zwei Monaten, die Nachricht, daß „Wajan“ gesunken sei, sei unrichtig, seine Maschinen seien durch Geschütze beschädigt, aber wieder ausgearbeitet worden. Die Kreuzer liefen täglich aus dem Hafen aus, während die Flagggeschiffe im Hafen verblieben.

* Tschifu, 17. Nov. Kurz vor der Sprengung des russischen Torpedobootszerstörers „Mastoropny“ ging ein Zollbeamter namens König an Bord desselben. Er konnte nur mit Mühe überredet werden, sich das Schiff einmal von außen anzusehen. Sobald der Zollbeamte in das Boot gelangt und abgestiegen war, erfolgte die Explosion. Der japanische Konsul konstatierte, daß neun Russen ihre Gewehre mit an Land brachten und erhob dagegen Einspruch.

* London, 17. Nov. Aus Tschifu wird vom 16. d. M. gemeldet: Aus guter Quelle verlautet, daß der „Mastoropny“ verriegelte Befehle an Bord gehabt habe, die ihm befehlen, das Schiff zu sprengen, falls sich ihm keine günstige Gelegenheit zum Entkommen biete. Bevor das Schiff Port Arthur verließ, waren Sprengladungen in fünf wasserdichten Abteilungen untergebracht worden. Daily Telegraph meldet vom 16. d. M. aus Tschifu: Nach einer amtlichen Erklärung hat der russische Torpedobootszerstörer „Mastoropny“ Depeschen überbracht. Der Kapitän desselben telegraphierte jedoch an den Kaiser Nikolaus, die japanischen Angriffe seien überall zurückgeschlagen und kein Hauptort genommen worden.

* London, 17. Nov. Reuter meldet aus Tschifu: „Nowi Krai“ berichtet über die Vernichtung eines japanischen Torpedobootszerstörers mit 4 Schornsteinen. Der Schiffsführer Dimitroff unternahm es, an Bord einer Dampfmaschine, die mit einem Torpedoausstößrohr versehen war, den japanischen Torpedobootszerstörer in der Tagebuch in die Luft zu sprengen. Am 6. November führte Dimitroff unter dem Schutze der Dunkelheit seinen Plan aus und versenkte den japanischen Torpedobootszerstörer durch einen Torpedo. Er gelangte mit der Mannschaft nach Port Arthur zurück. Die Japaner waren der Meinung, daß der Zerstörer auf eine Mine gestoßen sei.

* Tschifu, 16. Nov. Drei japanische Torpedobootszerstörer sind hier eingelaufen und nachdem sie sich von dem Untergange des „Mastoropny“ überzeugt, wieder abgefahren.

Som Mandchurischen Kriegsschauplatz.

* St. Petersburg, 17. Nov. Die Russ. Tel.-Ag. meldet aus Mukden von gestern: Gerüchten zufolge beabsichtigen die Japaner am 19. d. M. zum Vormarsch überzugehen und das Zentrum der russischen Stellung zu durchbrechen. Der „Wirschewija Wjedomosti“ wird aus dem Hauptquartier telegraphiert, die Japaner ziehen große Streitkräfte nach der russischen Front hin zusammen, von wo beunruhigende Nachrichten einlaufen. Patrouillen melden, alle Pässe seien von feindlichen Wadtposten besetzt.

Die Fahrt des baltischen Geschwaders.

* Libau, 16. Nov. Gestern lief die Ergänzungsabteilung des Baltischen Geschwaders, bestehend aus 5 Kreuzern und 8 Torpedobooten, aus.

* Tokio, 17. Nov. Die Verhandlungen zwischen der japanischen und der französischen Regierung über das Kohlenfassen der Baltischen Flotte in französischen Häfen nehmen ihren Fortgang. Man erwartet im japanischen Parlament Erklärungen über diesen Punkt. Ein anderes Telegramm vom 16. d. M. besagt, die japanische Regierung werde sich nicht früher äußern, bis die Verhandlungen abgeschlossen seien.

* Dofar, 17. Nov. Vom 16. 6 Uhr abends. Das russische Geschwader ist von hier abgegangen.

* Suez, 16. Nov. Der Gouverneur berief heute eine Versammlung auswärtiger Konsule ein und ersuchte sie, die Schiffsgesellschaften zu benachrichtigen, daß während der Durchfahrt der Baltischen Flotte alle nordwärts gehenden Schiffe angehalten werden müssen, um den Kriegsschiffen freie Durchfahrt zu gestatten. Während der Fahrt der Flotte darf nichts in den Kanal geworfen werden, jede Rundgebung muß unterbleiben.

* Tschifu, 16. Nov. In einem Privatbriefe an den Berichterstatter des Reuters Bureau heißt es, daß alle Ausländer in Port Arthur gesund und unverwundet seien.

* London, 17. Nov. „Daily Mail“ meldet aus Hakodate von gestern: Ein aus Wladiwostok eingetretener Kapitän berichtet, die drei russischen Kriegsschiffe in Wladiwostok seien schwer beschädigt und nicht seefähig. Die Reparaturen können in Wladiwostok nicht vorgenommen werden.

* Shanghai, 17. Nov. Der gestern von Wladiwostok hierher zurückgekehrte Blockadebrecher „Canton“ bestätigt, daß der russische Kreuzer „Gromoboi“ kürzlich gestrandet ist.

* Shanghai, 17. Nov. Aufständische haben die kaiserlichen Truppen bei Lutschufu in der Provinz Kwangsi zurückgeschlagen und fünf Hauptstädte der Provinz genommen. Kaufleute und Bankiers sind aus der Stadt geflohen. Der Vizekönig erhielt Befehl, auf seinen Kosten zur Unterdrückung des Aufstandes zurückzukehren.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 17. November.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin begab sich heute morgen nach Heidelberg, um daselbst dem Bazar zum Besten der Ruinen-Kinderheilanstalt anzuwohnen. Ihre Königliche Hoheit kehrt abends 7 Uhr nach Schloß Baden zurück.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute mittag den Rittmeister Freiherrn von Stokingen, Eskadronchef im 2. Garde-Dragooneregiment Kaiserin Alexandra von Rußland und den praktischen Arzt Hofrat Dr. Gilbert in Ludwigs.

Morgen werden die Höchsten Herrschaften nach Karlsruhe fahren, an der Feier des Rektoratswechsels der Technischen Hochschule teilnehmen, und abends wieder nach Schloß Baden zurückkehren.

— (Die Passionsaufführung) des Oratoriums nach Worten der Heiligen Schrift für Soli und gemischten Chor mit Orchesterbegleitung und neun lebenden Bildern von Domkapitular Heinrich Fiedels Müller in Fuda hatte gestern eine große Anziehungskraft ausgeübt, denn der große Saal der Festhalle war nahezu ausverkauft. Der überaus zahlreiche Besuch erwirkte auch den erfreulichen Erfolg einer reichlichen Einnahme, welche der Unterstützung wohlthätiger Zwecke, St. Vincenzverein, Fiskalschule, Wädenschnitz und Ferienkolonien, zugewandt werden wird. Das Müller'sche Werk enthält eine stattliche Anzahl von Chören, welche im mannigfaltigen Wechsel mit dankbaren und schön empfundenen Solosolts, Quartetten und Verbindungen Instrumentalfächern, vermöge ihrer Form und ihres Stimmungsgelalts außerordentlich wirksam sich präsentieren. Die Chöre, 250 Stimmen, waren von Herrn Chordirektor Gug

genbühler trefflich einstudiert, gingen sicher und wurden größtenteils auch mit rühmnswerter Intonationsreinheit gesungen. Von trefflichem Gelingen waren auch die Soli der Damen Ethofer, Siebold und der Herren Pauli und Keller, wobei Fräulein Ethofer warmtimbrirte Stimme und innig besetzter Vortrag angenehm auffiel. Auch die Leistung des verstärkten Instrumentalvereinsorges, unter der umsichtigen, verständnisvollen Leitung des Herrn Hoforchesterdirektors Sieh war eine vollen Lobes würdige. Das äußerst geschmackvolle Arrangement der lebenden Bilder „Das Abendmahl“, „Die Todesangst Christi“, „Die Gefangennehmung“, „Vor dem hohen Rat“, „Die Verurteilung durch Pilatus“, „Die Kreuztragung“, „Jesus am Kreuz“, „Die Grablegung“, und „Die Auferstehung“ ließ eine kundige leitende Hand erkennen, und erweckte einen tiefen, nachhaltigen Eindruck. Alle Mitwirkenden, welche ihre künstlerischen Kräfte dem edlen Zweck in liebenswürdigster Weise zur Verfügung gestellt haben, mögen in dem schönen Erfolg der Veranstaltung den ihnen gebührenden Dank gefunden haben.

(Gemäldeverkauf.) In der Gemäldeausstellung Kaiserstraße Nr. 186, gelangen 86 Delgemälde wegen beendeter Tournee, im direkten Auftrage der Künstler, um die großen Zoll- und Militärtransportkosten zu vermeiden, zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen zum Verkauf, worauf wir hiermit Kauflustige und Interessenten aufmerksam machen. Das Entree ist von heute ab aufgehoben.

(Aus der Sitzung der Strafkammer III vom 16. November.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dürr. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Bleicher; später Staatsanwalt Baumgartner. — Im Roman Juli wurde der Herr Martin Theodor Zember in Bruchsal wegen Urkundenfälschung und Betrugs zu einer Gefängnisstrafe von 1 Monat verurteilt. Der Angeklagte hatte in einem Kilometerheft die Zahleneinträge abgeändert, indem er wiederholt die Hundertzahl herabsetzte, und es dadurch bewirkte, daß er das Kilometerheft länger, als er berechtigt war, benutzen konnte. Wegen eines nachträglich entdeckten, ganz ähnlichen Falles stand der Angeklagte heute wiederum vor der Strafkammer. Er erhielt eine Zusatzstrafe von 2 Wochen Gefängnis. — Wegen Betrugs im Rückfall wurde die schon vielfach vorbestrafte Dienstmagd Theresia Parth aus Odenheim zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — In geheimer Sitzung gelangte die Anklage gegen den 45 Jahre alten Tagelöhner Peter Anton Hikel aus Mühlheim, zuletzt in Wädenswil, wegen Stillschleppersverbrechens und Betrugs zur Verhandlung. Das Urteil lautete unter Anrechnung von 3 Wochen Unteruchungshaft auf 1 Jahr 1 Monat Gefängnis, 3 Wochen Haft, 5 Jahre Ehrverlust und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde. — Am 20. August rannte der Chauffeur Nikolaus Wolf aus Rothensfels mit einem von ihm geleiteten Automobil ohne Beachtung der geschlossenen Wegsperre auf den Bahnhöfen Baden-Dos, als gerade der um 2 Uhr 42 Minuten von Dos abgehende Personenzug heranfuhr. Nur dem Umstande, daß es glanz, den Zug einen halben Meter vor dem Automobil zum Stehen zu bringen, wurde eine Entgleisung verhütet. Wolf hatte sich heute wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu verantworten. Er wurde mit 4 Wochen Gefängnis bestraft.

(Aus dem Polizeibericht.) Gestern nachmittag 5 Uhr wurde eine hier wohnende Frau plötzlich geisteskrank und lief schreitend in der Fähringerstraße umher. Die Kranke wurde mittels Drohge von zwei Schutzleuten in das städtische Krankenhaus gebracht. — Gestern vormittag nach 9 Uhr rief in der Durlacher-Allee vor dem städtischen Schlachthof der Leitungsdirektor der Oberleitung der elektrischen Straßenbahn und fiel das abgetriebene Ende des Drahtes zur Erde. Infolge des Drahtbruchs mußte die Leitung ausgeschaltet werden, so daß der gesamte Verkehr der Straßenbahn von Durlach bis zur Karlstraße hier während etwa einer Viertelstunde vollständig eingestellt werden mußte.

Freiburg, 14. Nov. Von dem vor kurzem gegründeten Verkehrsverein für Freiburg und den Schwarzwald war vor heute Abend eine öffentliche Versammlung in den Kornhausaal einberufen, zu welcher alle, denen das Aufblühen Freiburgs und seiner herrlichen Umgebung am Herzen gelegen ist, eingeladen waren. Die Versammlung war stark besucht; galt es doch, durch dieselbe den Fremdenverkehr aus allen Kräfte zu fördern. Zu diesem Zweck wurden Vorträge über die Bedeutung der Verkehrsvereine, sowie über die Mittel und Wege zur Erreichung der gemeinnützigen Bestrebungen des Vereins gehalten. Der Vorsitzende, Stadtrat Zimmermann, wies auf die Ziele des Vereins hin, die nicht bloß lokale, sondern auch Landesinteressen seien, und teilte mit, daß schon über 200 Vereine der Art in deutschen Städten beständen. Wir bedürften reichlicher Mittel zur Herstellung und Ausstattung eines Verkehrsvereins, wobei uns Karlsruhe schon zuvor gekommen sei. Darauf legte Professor Dr. Reumann als Vorstand des Schwarzwaldvereins im Hinblick auf den riesig gesteigerten Fremdenverkehr in längerer Ausführung dar, daß die Fremdenindustrie bei uns noch nicht genügend entwickelt sei; die Arbeit müsse einseitiger gestaltet und in geordnete Bahnen geleitet werden. Um die Konkurrenz mit der Schweiz, den Vogezen, dem Rhein usw. bestehen zu können, bedürfte man ein durch einen technisch gebildeten Beamten geleitetes Auskunfts-bureau. Die Einrichtung des letzteren erläuterte der Geschäftsführer Kneizer in allen Einzelheiten. Dazu gehört die Herausgabe und Verbreitung von Fremdenführern, das Erteilen von Rat und Auskunft in allen Fällen, eine rege Tätigkeit in der Fach- und Tagespresse, Verbesserung der Wege, die Bemühung für weitere Vervollkommnung des Bahnverkehrs, das Aufmerksammachen auf Mißbräuche und Mängel nebst Ausfüllen eines Beschwerdebuchs u. a. m. In der sich entspannenden Diskussion wurden mehrfache Wünsche zum Ausdruck gebracht. Kommerzienrat Pfeilfelder verbriefte die warmen Sympathien der Handelkammer, die einmütig in die Mitgliedschaft treten werde. Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden zu zahlreichem Beitritt in letztere dankte der Stadtverordneten-Odmann Ra u dem Vorsitzenden und dem provisorischen Bureau für ihre Tätigkeit und hob in berechneten Worten die segensreiche Mitwirkung eines solchen Vereins für Freiburg und den Schwarzwald hervor.

** Landwirtschaftliche Versammlungen und Besprechungen.

Landw. Bezirksverein: am 20. November in Lins, Dörflinbad, Weibach, Oberachern, Reudorf und Sedenheim.

Naturwissenschaftlicher Verein Karlsruhe.

In der Sitzung vom 11. November sprach Herr Professor Dr. Schultze über: „Meteorologisches von ostasiatischen Kriegsschauplatz“. Zu Beginn seines Vortrages gab der Redner einen kurzen Abriss der Geschichte der meteorologischen Beobachtungen in den beiden zurzeit Krieg führenden Ländern. In Rußland ist ein meteorologisches Zentralinstitut bereits im Jahre 1849 gegründet worden, während der ersten von einem Japaner angeführten Witterungsaufzeichnungen erst aus dem Jahre 1872 stammen. Sowohl das russische, als das japanische im Jahre 1887 gegründete Institut haben überaus rüchig ge-

arbeitet, so daß die klimatischen Verhältnisse Ostasiens recht genau bekannt sind. Unter Zugrundelegung des von Wild, dem früheren Direktor des physikalischen Zentralobservatoriums in Paulstet im Jahre 1881 herausgegebenen Werkes, die Temperaturverhältnisse des russischen Reiches, gab der Redner dann eine Darstellung der klimatischen Verhältnisse der Mandschurei und zum Vergleich von Rußland und Japan. Während in der südlichen Mandschurei der Sommer entsprechend der geographischen Breite, welche jener von Unteritalien gleichkommt, sehr heiß — im Durchschnitt etwa 5 Grad heißer als in der Rheinebene — ist, ist der Winter überaus kalt, weil aus dem über Sibirien gelegenen Kältegebiet, in dem die mittlere Januartemperatur unter —48 Grad Celsius herabsinkt, beständig Winde gegen das japanische Meer wehen. Vereinzelt Ende Oktober beginnen die Frostnächte, im November tritt der Winter seine Herrschaft an und behält sie bis zum März. Die Mitteltemperatur von Wulden, das gleiche geographische Breite mit Neapel hat, beträgt im November bereits —5 Grad, im Dezember —12,5 Grad, im Januar —16 Grad und im Februar noch —1 Grad. Im Januar 1871 hatte Karlstraße nur —3,9 Grad, im kältesten Monat, Dezember 1879, —8,6 Grad. Selbst nach der kältesten Nacht kann es vorkommen, daß am Tag die Sonne lässig wird. Japan hat dagegen einen sehr milden Winter, indem dort mit Ausnahme von Jeddo und des Nordens von Honshu in keinem Monat die Mitteltemperatur unter 0 Grad herabsinkt; Tokio hat z. B. im Januar noch eine solche von rund 3 Grad. Frost kommt dort wohl auch vor, doch tritt er nur mäßig auf und hält nicht lange an. Auf dem Kriegsschauplatz finden die Russen in schroffem Gegensatz zu den Japanern klimatische Verhältnisse vor, welche von denen der Heimat nicht viel verschieden sind.

Im Anschluß daran besprach der Redner die von General Kurapatin an den Jaren gerichtete Depesche, in der die nach der Schlacht bei Liaojang eingetretene Regenfälle auf den harten Kanonendonner zurückgeführt wurden. Daß es nach großen Schlägen ausgiebig regnet, ist schon oft beobachtet worden, man kann aber dagegen anführen, daß man nicht wenige Schlägen kennt, nach denen kein Regen gefallen ist. Nach unseren physikalischen Kenntnissen ist es auch nicht denkbar, daß starke Erschütterungen den Wasserdampf der Luft zur Kondensation bringen; diese kann nur durch Ablösung bewirkt werden. Die Amerikaner haben diese Frage praktisch zu lösen versucht. Man hat nämlich im Jahre 1891 an drei verschiedenen Orten in den fast regenlosen Gebieten von Texas und Arizona durch Explosionen Regen erzeugen wollen, trotz Aufwendung von ungefähr 100 000 M. aber ohne jeden Erfolg.

Auf eine Anregung aus der Versammlung hin, ließ sich der Vortragende noch darüber aus, ob, wie jüngst behauptet wurde, ein Zusammenhang zwischen Erdbeben und Regenfällen bestehe; ohne eingehende statistische Untersuchungen läßt sich diese Frage nicht beantworten, doch ist es recht unwahrscheinlich, daß ein unmittelbarer Zusammenhang besteht.

Hierauf teilte Herr Geh. Rat Engler mit, daß nach einem neuesten in Oxford aufgefundenen Dokument die Herstellung von Geschützen schon 1326 bekannt gewesen sei. Die der bezüglichen Mitteilung beigefügte Zeichnung dieses ältesten bekannten Geschützes zeigte eine birnenförmige Kugel („Büchse“) mit Zündloch und seit aufgesetztem Stopfen, in Gestalt eines Pfeiles, zum Abschießen. Schon lange vor der angeführten Entdeckung des Pulvers durch Barthold Schwarz, 1340, und der ersten Anwendung durch die Engländer in der Schlacht bei Crécy, 1346, waren schon Geschütze bekannt. Kanonen wurden auch schon bei der Vertheidigung von Cambrai, 1342, verwendet, und Röhre zum Schießen kennt man notorisch bereits 1338 in Rouen. Die Engländer haben die Kenntnis der Verwendung von Geschützen wahrscheinlich deutschen Soldaten zu verdanken, und speziell Freiburg i. B. war zu Anfang des 15. Jahrhunderts für andere Städte, z. B. Basel und Straßburg, im Geschützwesen vorbildlich. Das Pulver selbst kannte man schon in früheren Zeiten, z. B. als „griechisches Feuer“, auch nach einer Vorchrift seiner Vereinerung nach Marcus Graecus aus dem 13. Jahrhundert, doch war seine Verwendung zum Schießen im Jahre 1313 noch nicht bekannt; diese Entdeckung liegt sonach in der Zeit zwischen 1313 und 1326.

Schiedsgerichtsverträge.

(Telegramme.)

Budapest, 16. Nov. Abgeordneterhaus. Graf Apponyi interpellierte den Ministerpräsidenten, welchen Standpunkt die Regierung und der Minister des Äußeren betreffend die Initiative des Präsidenten Roosevelt zur Einberufung der neuen Friedenskonferenz einnehme. Graf Tisza erwiderte, daß die auf Verminderung der Schrecknisse des Krieges gerichteten Bestrebungen bei allen für die answärtige Politik Oesterreich-Ungarns kompetenten Faktoren sympathische Aufnahme und bereitwillige Unterstützung finden würden. Allerdings könne eine solche Aktion nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn alle Großmächte sich ihr anschließen. Leider sei der gegenwärtige Moment hierfür nicht eben günstig. Doch bedeute dies nicht, daß wir die Idee fallen lassen, sondern vielmehr, daß wir die Frage in günstigen Moment lösen und uns betreiben, für diesen günstigen Moment die Stimmung vorzubereiten und ich glaube, daß die diesbezüglichen Initiativen auf eine tatkräftige Unterstützung sämtlicher kompetenten Faktoren der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie rechnen können.

Bern, 17. Nov. Wie verlautet, sollen demnächst Schiedsgerichtsverträge der Schweiz mit verschiedenen europäischen Staaten und mit den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossen werden. Ein solcher Vertrag zwischen der Schweiz und Belgien ist bereits unterzeichnet.

Rom, 16. Nov. Die „Tribuna“ meldet, daß ein Schiedsgerichtsvertrag zwischen Italien und den Vereinigten Staaten abgeschlossen werde, entsprechend den von Italien mit England und Frankreich abgeschlossenen Verträgen.

Washington, 17. Nov. Der amerikanische Votschafter in Wien telegraphiert: Die Oesterreichisch-ungarische Regierung erklärte sich bereit, an der 2. Haager Konferenz teilzunehmen. Das ist die erste offizielle Annahme von Roosevelt's Einladung, obgleich schon bekannt ist, daß die meisten europäischen Mächte bereit sind, der Konferenz beizuwohnen.

Der Aufstand in Rio de Janeiro.

(Telegramme.)

Rio de Janeiro, 17. Nov. In fünf Bezirken der Hauptstadt herrschen im mer noch Unruhen. Ein Streik der Geiger und Bedarbeiter erschwert die Lage. Die übrigen Teile der Stadt sind ruhig. Der Präsident erklärte in einer Mitteilung an den Kongreß, daß er die Ordnung herstellen könne und werde. Die einzige Schwierigkeit sei, daß verschiedene

Deputierte und Senatoren die Adressführer seien, die wegen ihrer parlamentarischen Unverantwortlichkeit nicht verhaftet werden können.

Rio de Janeiro, 17. Nov. Die Agence Havas meldet, General Travassos sei am Seine verwundet worden und eine Amputation sei notwendig. Es verlautet, der Senatur Sobre, der die Revolte in der Militärschule mitveranlaßt, habe Selbstmord verübt. Der Kampf mit den Militärschülern dauerte 20 Minuten. 200 Kadetten kommen vor das Kriegsgesicht, 2 Zeitungen wurden konfisziert.

Rio de Janeiro, 16. Nov. In den beiden Häusern des Kongresses wurde heute, nachdem eine Votschaft des Präsidenten zur Verlesung gelangt war, ein Beschlus Antrag angenommen, nach welchem in Rio de Janeiro und Niteroi für 30 Tage der Belagerungszustand erklärt wird.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 17. Nov. Auf Einladung Seiner Majestät des Kaisers wird der Reichskanzler am Samstag nach Kiel gehen, um der Feier des Stapellaufs des Minenschiffs „U“ beizuwohnen.

Darmstadt, 16. Nov. Die Zweite Kammer trat heute wieder zusammen und beriet die Regierungsvorlage betreffend Bad Nauheim. Gefordert werden für die nächsten acht Jahre für Neu- und Umbauten rund 6½ Millionen. Die Kammer bewilligte die von der Regierung geforderten 1 688 600 M. für das Etatsjahr 1904 und 1 239 600 M. für das Etatsjahr 1905; nach dem Antrage des Abg. Da m m wurden 30 000 M. für das Elektrizitätswert abgetrieben.

Stuttgart, 17. Nov. Seine Majestät der König beabsichtigt, in diesem Winter mit Rücksicht auf seine Gesundheitsverhältnisse einen mehrtägigen Aufenthalt an der Riviera zu nehmen.

Wien, 17. Nov. Der Landtag wurde heute eröffnet. Unter den Einläufern befand sich u. a. ein Dringlichkeitsantrag des Klubs der Italiener, betreffend die Innsbrucker Ereignisse, worin Schadenersatz für den den Italienern in Innsbruck zugefügten Schaden und Schutz der persönlichen Sicherheit der italienischen Bevölkerung in Innsbruck verlangt wird.

Wien, 17. Nov. Finanzminister Kofel brachte das Budget für 1905 ein. Die Gesamtausgaben betragen 1 776 326 654 Kronen, die Gesamteinnahmen 1 777 901 387 Kronen. Der Ueberschuß somit 1 574 733 Kronen.

Budapest, 16. Nov. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte Graf Apponyi, eine die Reform der Hausordnung bezweckende Vorlage in Form eines einfachen Antrages sei unzulässig. Er machte das Präsidium darauf aufmerksam, daß er, falls die Hausordnung nicht in gesetzlicher Form zustande käme, diese nicht als bindend ansehen und alle jene Rechte in Anspruch nehmen werde, die ihm auf Grund der alten Hausordnung zuständen. (Beifall bei der Opposition.) Graf Tisza erwiderte, Graf Apponyi habe mit dieser Auffassung einen sehr gefährlichen Weg betreten. Ob eine Anordnung des Hauses rechtmäßig sei oder nicht, darüber entscheidet die Majorität, die den Willen der Nation zum Ausdruck bringe. Wenn es mit der Hausordnung so weit gekommen sei, daß sie die parlamentarische Arbeit unmöglich mache, dann gerate die Hausordnung in Widerspruch mit ihrer wahren Bestimmung und verliere jede moralische Kraft. Der Ministerpräsident fährt dann fort: Wir sind unter der gegenwärtigen Hausordnung in eine Sackgasse geraten, in der wir zu wählen haben, zwischen streuulose Beobachtung ihrer Form und gänzlicher Ohnmacht des Abgeordnetenhauses. Wir sind gezwungen, den drohenden Ruin, den moralischen Bankrott abzuwenden, indem wir nur über gewisse untergeordnete, formelle Bestimmungen der Hausordnung hinweggehen. Wir müssen die Möglichkeit der verfassungsmäßigen Arbeit über die Beobachtung von Formen stellen. (Stürmischer Beifall rechts.)

Paris, 17. Nov. Die Vertreter der ministeriellen Sozialisten von der Richtung des Deputierten Jaurès und die Anhänger des Sozialistenführers Guesde hielten gestern eine Beratung über die Frage der Einheit der Partei ab. Die Guesdisten stellen die Bedingung, daß Jaurès von nun ab nicht mehr als Vertreter der Sozialisten in der Delegation des Modcs erscheint.

Paris, 17. Nov. Eine Privatdepesche aus St. Petersburg an die sozialistische Zeitung „Gumanité“ teilt mit, daß die von dem russischen Minister des Innern Fürst Swiatopolk-Mirski bewilligte Versammlung der Semstwovertreter, die sich mit verschiedenen politischen Fragen beschäftigen sollte, im letzten Augenblick unter sagt worden ist. Man erblickt hierin eine Niederlage des Ministers des Innern, dessen Rücktritt höchst wahrscheinlich sein soll. (Vergl. den Artikel „Russische Politik“ in Nr. 378 der „Karlstr. Ztg.“)

Hang, 16. Nov. Der Generalgouverneur von Niederländisch-Ostindien hat dem Kolonialamt telegraphiert, daß ein Beamter mit Truppen nach der Landschaft Sigi auf der Insel Celebes entsandt worden ist, um die Auslieferung der in Sigi beheimateten Anführer einer Bande Aufständischer, die im Juni den Laden eines niederländischen Unterthanen geplündert und zwei Personen getötet hatten, zu fordern. Von der Landschaft Sigi, die bisher der Aufforderung zur Auslieferung nicht Folge geleistet hatte, wird ferner Schadenersatz gefordert.

London, 15. Nov. Die „Ball-Mall-Gazette“ meldet aus Moskau vom 14. November: Dort traf die Nachricht ein, daß es zwischen Russen und Afghanen in Ruschk zu Zusammenstößen gekommen sei. Die Afghanen hätten ein Pulvermagazin in die Luft gesprengt, wobei mehrere Soldaten getötet worden seien.

London, 17. Nov. Bei dem Banquet zu Ehren Ihrer Majestät des Königs und der Königin von Portugal in Windsor nahm Seine Majestät König Eduard in seinem Koatz auf die Gäste Bezug und auf den Abschluß des Schiedsgerichtsvertrags und sagte:

Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Portugal gingen 700 Jahre zurück, auf eine Zeit, wo Portugal mit England unter der Regierung Eduards I. den ersten Vertrag abgeschlossen habe. Der König fuhr sodann fort: Vor etwa 100 Jahren wurde ein Vertrag in Windsor abgeschlossen und ich bin erfreut, daß gerade jetzt ein Schiedsgerichtsvertrag unterzeichnet worden ist. Seine Majestät der Königin von Portugal erwiderte:

Unser Bündnis mit Großbritannien ist alten Datums und ich freue mich, es auszusprechen zu können, daß Eure Majestät stets dieselbe Loyalität wie früher bei den

Portugiesen finden werden, die ehemals Seite an Seite mit den Engländern ihr Blut vergossen haben.

London, 16. Nov. Admiral Lord Charles Beresford ist vom Jahre 1905 ab zum Chef des Mittelmeergeschwaders ernannt.

St. Petersburg, 17. Nov. Ueber die Ausschreitungen, die am 13. November in Warschau stattfanden, werden folgende Einzelheiten bekannt. Das Volk demonstrierte mit einer roten Fahne unter Absingung revolutionärer Lieder. Als die Masse aufgefordert wurde, auseinander zu gehen, wurden Schüsse abgegeben. Ein Schutzmann wurde getötet, ein Polizeiuinteroffizier und 30 Mann verwundet. Es wurde Militär requiriert, das zwei Salven abgab, wodurch sechs Personen getötet und 21 verwundet wurden. Im Laufe des Abends war die Ruhe wieder hergestellt.

Belgrad, 16. Nov. Seine Majestät der König eröffnete die Sesssion mit der Thronrede. Er erklärte, daß die Beziehungen Serbiens zu den fremden Staaten freundschaftliche seien. Die traditionellen Sympathien zu dem gläubigen und blutsverwandten russischen Volke seien mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des großen slavischen Kaiserreiches noch stärker geworden. Die Reformation der Türkei, welche unter der Mitwirkung der Ententemächte durchgeführt werde, sei auch in diesem Jahre fortgesetzt worden; es sei nicht ausgeschlossen, daß durch die Bestrebungen des osmanischen Reiches und der anderen dazu berufenen Faktoren die Bedingungen für einen friedlichen Fortschritt in den bedrohten Gegenden geschaffen würden. Die Thronrede betont, daß die Staatsereignisse trotz des ungünstigen Endergebnisses größer seien, als im vergangenen Jahre, und daß alle Annuitäten der Staatsschuld für 1904 bereits bezahlt seien. Dadurch sei es möglich geworden, von der 40prozentigen Zuschlagssteuer abzusehen und an die Befriedigung wichtiger volkswirtschaftlicher Bedürfnisse zu gehen.

Washington, 16. Nov. Präsident Roosevelt empfing gestern im Blauen Saale des Weißen Hauses die zur Feier der Enthüllung des Denkmals Friedrichs des Großen entsandten deutschen Offiziere. General von Löwenfeldt und Major von Schmettow, die vom deutschen Votschafter vorgestellt wurden, und begrüßte dieselben aufs herzlichste. Die deutschen Offiziere empfingen später in ihrem Hotel den Besuch des Generalleutnants Chaffe und statteten dann den Mitgliedern des Kabinetts und den Votschaftern Besuche ab. Abends fand beim deutschen Votschafter ein Festessen statt, zu dem das diplomatische Korps geladen war.

Verchiedenes.

Charlottenburg, 17. Nov. In der Technischen Hochschule begann heute die 6. Hauptversammlung der Schiffbau-technischen Gesellschaft, woran Seine Majestät der Kaiser teilnahm. Er hörte die Vorträge des Professors Ahlborn-Hamburg über „Die Wirbelbildung im Widerstandsmechanismus des Wassers“ und „Die Wirkung der Schiffsschraube auf das Wasser“, sowie den Vortrag des Professors Braun-Strasbourg über „Die neue Methode und Ziele der drahtlosen Telegraphie“. Der Kaiser zeichnete die Vortragenden durch Ansprachen aus. Die Studierendengruppen dem Kaiser beim Verlassen des Gebäudes Huldigungen dar.

Darmstadt, 17. Nov. Die geschiedene Großherzogin von Hessen traf in Begleitung ihrer Schwester, Prinzessin Beatrice, gestern, am Abendstage der Prinzessin Elisabeth, hier ein, fuhr nach dem Mausoleum, wo sie einen Kranz am Sarge der Prinzessin Elisabeth niederlegte und reiste um 1 Uhr 34 Minuten über Frankfurt nach Koburg zurück.

Glasgow, 16. Nov. (Telegr.) Bei der Verurteilung des Jackkonstruktors Watson heute nachmittag, ließ Seine Majestät der Deutsche Kaiser durch den Marineattaché, Kapitän zur See Göpper, einen prachtvollen Kranz am Sarge niederlegen. Der Familie des Verstorbenen hatte der Kaiser telegraphisch sein Beileid ausgedrückt.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 17. November 1904.

Während in ganz Nordwest- und Norddeutschland unter der Einwirkung einer bei den Lofoten liegenden Depression mildes Regenwetter herrscht, ist es in Mitteleuropa, das von einem barometrischen Maximum bedeckt wird, heiter oder neblig bei Temperaturen, welche unter dem Gefrierpunkt liegen. Eine Witterungsänderung steht nicht in Aussicht.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 17. November 1904, früh.

Lugano bedeckt 5 Grad; Biarritz halbbedeckt 9 Grad; Nizza wolfig 10 Grad; Triest wolkenlos 2 Grad; Florenz wolkenlos 6 Grad; Rom wolkenlos 8 Grad; Cagliari heiter 10 Grad; Brindisi bedeckt 8 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

November	Barom. mm	Therm. in C.	Windgeschw. in mm	Lufttemper. in C.	Wind	Witterung
16. Nachts 9 ^u	760.2	0.5	42	89	R	heiter
17. Morgs. 7 ^u	761.5	-2.1	38	98	"	"
17. Mitts. 2 ^u	761.4	6.1	43	62	"	"

Höchste Temperatur am 16. November: 6.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht -2.2.

Niederschlagsmenge des 16. November: 0.0 mm.

Wassersand des Rheins. Wagan, 17. November 3.25 m, gefallen 6 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Käß in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Besonders für Kinder

eignet sich Kathreiners Malzkaffee mit Kakaozusatz, denn es ist ein sehr wohlschmeckendes, gut bekömmliches und nahrhaftes Getränk. Aber nur Kathreiners Malzkaffee paßt zu dieser Mischung mit Kakao, denn nur er wird nach einem patentierten Verfahren mit Extrakten von Kakapflanzchen und Kaffeebohnen durchtränkt. Deshalb auch zeigt nur Kathreiners Malzkaffee mit Kakao jenen eigenartig abgerundeten Geschmack, der selbst dem verwöhnten Gaumen zusagt. — Man nimmt für eine Tasse 1/4 bis 1/2 Kaffeelöffel Kakao nebst 1—2 Stüchchen Zucker und rührt dies mit dem wie gewöhnlich zubereiteten, recht heißen Malzkaffee an.

Grosse internationale
Gemälde-Ausstellung
 186 Kaiserstrasse 186.
 Wegen Schluss der Tournee werden
86 Stück Oelgemälde
 um die grossen Zoll- und Rücktransportkosten zu ersparen, im
 Auftrage der Künstler
 zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen
 abgegeben.
 Die Gemälde sind von heute ab gegen freies Entree täglich,
 auch Sonntags, von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, zu be-
 sichtigen. D'154.1
Leopold Weiss, Kunst-Experte.

Konditorei und Café
Fr. Nagel
 Telephon 1177 Waldstr. 43
 empfiehlt in frischer Sendung:
 Schokolade Suchard,
 " Kohler,
 " Cailliers,
 " Lindt fils,
 " Gala Peter,
 " Hildebrand,
 " Sarotti,
 Fondants und Pralinés,
 Erfrischungs- und Husten-
 Bonbons D'115.1

Klavierstimmen
 sowie
Reparaturen
 an Klavieren und
 Harmoniums übernimmt zur
 gediegensten Ausführung
Ludwig Schweisgut
 Hoflieferant
 4 Erbprinzenstrasse 4
 1711 Telephon 1711.
 R 379

Bekanntmachung.
 Am 1. Dezember d. J., vormittags
 19 Uhr, soll die Lieferung des Fleisch-
 und Bedarfs für sämtliche Truppen-
 Lazarets der Garnison Karlsruhe, so-
 wie für die Küche des Trainbataillons
 Nr. 14 in Durlach, für jede Garnison
 getrennt, auf die Zeit vom 1. Januar
 bis 30. Juni 1905 einschließlich öf-
 fentlich verdingen werden.
 Die Verdingung für Karlsruhe er-
 folgt beim Probiantamt dortselbst, die-
 jenige für Durlach beim Trainbatail-
 lon Nr. 14 in Durlach. Die Liefe-
 rungsbedingungen für Karlsruhe und
 Durlach getrennt, liegen vom 20. d. M.
 ab bis zur Terminstunde bei dem Pro-
 biantamt Karlsruhe bzw. auf dem Ge-
 schäftszimmer des Trainbataillons
 Nr. 14 an den Wochentagen während
 der Dienststunden zu jedermanns Ein-
 sicht aus und können gegen Erstattung
 der Selbstkosten von den verdingenden
 Stellen bezogen werden. Lieferungs-
 angebote, versehen mit der Aufschrift:
 „Lieferung von Fleisch und Wurst-
 waren“ sind portofrei spätestens zur
 Terminstunde an das Probiantamt
 Karlsruhe bzw. an das Trainbataillon
 Nr. 14 in Durlach einzureichen.
 Karlsruhe, den 11. Nov. 1904.
 Intendantur XIV. Armeekorps.

Schreibmaschine
Ideal
 verdient größte Beachtung!
Seidel & Naumann
 Dresden.
 Generalvertreter: P. v. Chrustschoff
 Karlsruhe.

Jagd-Verpachtung.
 Nr. 3956. Am
 Montag, den 28. November 1904,
 vormittags 11 Uhr,
 wird im Rathaus dahier, die Aus-
 übung der Jagd auf hiesiger Gemar-
 kung, abgeteilt in drei Distrikte, und
 zwar:
 1. Abteilung.
 Links der Main-Neckar-Eisenbahn
 bis an die Hoesheimer, Wallstädter
 und Heddesheimer Gemarkungsgrenze
 und westlich bis zum Neckar.
 2. Abteilung.
 Links der Main-Neckar-Eisenbahn
 bis an den Schriesheimer Bach und die
 antstehenden Gemarkungsgrenzen von
 Heddesheim, Großschafen, Leuters-
 hausen und Schriesheim.
 3. Abteilung.
 Von dem Schriesheimer Bach auf-
 wärts bis an die Grenze der Gemar-
 kungen von Schriesheim, Dossenheim
 und Schwabenheimerhof, westlich bis
 zum Neckar, das sogenannte obere
 Feld, auf 6 Jahre, beginnend mit dem
 1. Februar 1905 mittelst öffentlicher
 Versteigerung verpachtet.
 Ladbürg, den 15. Nov. 1904.
 Bürgermeisterrat.
 V. h. Frey.

Bürgerliche Rechtsstreite.
Konkursverfahren.
 O.134. Nr. 54019. Pforzheim.
 Ueber das Vermögen des Schuhwaren-
 händlers Lutz Baumann hier wurde
 heute am 16. November 1904, vor-
 mittags 11 Uhr, das Konkursverfahren
 eröffnet.
 Der Kaufmann Otto Eugentobler
 hier wurde zum Konkursverwalter er-
 nannt.
 Konkursforderungen sind bis zum
 7. Dezember 1904 bei dem Gerichte
 anzumelden.
 Es ist Termin anberaumt vor dem
 diesseitigen Gerichte, Zimmer Nr. 19,
 zur Beschlußfassung über die Beibehal-
 tung des ernannten oder die Wahl
 eines anderen Verwalters, sowie über
 die Bestellung eines Gläubigeraus-
 schusses und eintretendenfalls über die
 in §§ 132 und 137 der Konkursord-
 nung bezeichneten Gegenstände und
 zur Prüfung der angemeldeten Forder-
 ungen auf
 Mittwoch, den 14. Dezember 1904,
 vormittags halb 9 Uhr.
 Allen Personen, welche eine zur
 Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
 haben oder zur Konkursmasse etwas
 schuldig sind, wird aufgegeben, nichts
 an den Gemeinschuldner zu verabsol-
 den oder zu leisten, auch die Ver-
 pflichtung auferlegt, von dem Besitze
 der Sache und von den Forderungen,
 für welche sie aus der Sache abgefor-
 derte Befriedigung in Anspruch neh-
 men, dem Konkursverwalter bis zum
 23. November 1904 Anzeige zu
 machen.
 Pforzheim, den 16. Nov. 1904.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
 Lohrer.

**Groß. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**
 Die nachstehenden Arbeiten zur Er-
 bauung einer neuen Lokomotiv- und
 Tenderwerkstätte auf dem neuen Ver-
 triebswerkstättebahnhof für Karlsruhe
 sollen auf dem Wege der öffentlichen
 Verdingung vergeben werden:
 1. Schweißarbeiten,
 2. Flechtarbeiten,
 3. Verputz- und Gipserarbeiten,
 4. Scharnierarbeiten,
 5. Maschinarbeiten,
 6. Schlosserarbeiten,
 7. Ränderarbeiten. O.118.2.
 Die Pläne, Bedingungen und Ver-
 dingungsanschläge liegen in den üb-
 lichen Geschäftsstunden auf dem dies-
 seitigen Hochbauamt (Kuerstraße
 Nr. 11, 3. Etage) zur Einsicht auf,
 woselbst auch die Angebotsformulare
 unentgeltlich erhoben werden können.
 Zusendung nach auswärts findet
 nicht statt.
 Die Angebote sind spätestens bis zu
 dem
 Freitag, den 9. Dezember 1904,
 vormittags 11 Uhr,
 stattfindenden Verdingungstagfahrt
 verschlossen, portofrei und mit ent-
 sprechender Aufschrift versehen, an ein-
 zuzufenden.
 Zuschlagsfrist 4 Wochen.
 Durlach, den 14. November 1904.
 Groß. Eisenbahnbauamt.

Paul Roder
 Leinen- und Wäsche-Ausstattungs-Geschäft
 Kaiserstr. 136 Karlsruhe Friedrichsbad.
 Komplette Braut- u. Kinder-Ausstattungen.
 Spezialität: Herrenhemden nach Mass
 in vorzüglicher Ausführung von Mark 4.50 an.
 Grosses Lager
 in fertiger Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche.
 Krage, Manschetten, Krawatte, Taschentücher, Hosenträger,
 Handschuhe, weiße Westen, u. Knöpfe, Regenschirme.
 Trikothemden, Unterhosen, Unterjacken, Kniewärmer, Leibbinden,
 Brust- und Lungenschoner. O.122
 Tischtücher, Servietten und Handtücher.
 Sämtliche Stoffe für Leib-, Bett- und Küchen-Wäsche.
 Vorzügliche Ausführung. Reelle Bedienung. Billige Preise.

Detapistenstelle.
 Bei diesseitigem Gerichte ist eine
 Detapistenstelle mit einem Jahresge-
 halte von 700 M. und etwa 50 M.
 Schreibgebühren auf 1. Dezember d. J.
 zu besetzen. O.128.2.1
 Bewerber wollen sich unter Zeugnis-
 vorlage sofort melden.
 Durlach, den 15. Nov. 1904.
 Groß. Amtsgericht.
 Dr. Kiefer.

Jagd-Verpachtung.
 Die Gemeinde Ottersdorf läßt am
 Montag, den 5. Dezember 1. J.,
 nachmittags um 2 Uhr,
 auf dem Rathaus dahier, die Aus-
 übung des Jagdrechts auf ihrer Ge-
 markung, bestehend in 769 Hektar Feld
 und Wald, auf weitere 6 Jahre, näm-
 lich vom 1. Februar 1905 bis mit 31.
 Januar 1911, in zwei Abteilungen in
 Pacht öffentlich versteigern, wozu
 Jagdliebhaber eingeladen werden.
 Hierbei wird bemerkt, daß als Vier-
 ter nur solche Personen zugelassen
 werden, welche sich im Besitze eines
 Jagdpasses befinden oder durch ein
 schriftliches Zeugnis der zuständigen
 Behörde nachweisen, daß gegen die Er-
 stellung des Jagdpasses kein Bedenken
 obwaltet.
 Ottersdorf, den 15. Nov. 1904.
 Der Gemeinderat:
 H. Frey, Bürgermeister.
 vdt. Schmid.

Bekanntmachung.
 O.135. Nr. 39 234. Bruchsal. In
 dem Konkurs über den Nachlaß des
 Handelsmanns Samuel Zwinger in
 Bruchsal hat das Gr. Amtsgericht
 Bruchsal zur Abnahme der Schluß-
 rechnung des Verwalters und zur Er-
 hebung von Einwendungen gegen das
 Schlußverzeichnis gemäß § 162 N.-O.
 Schlußtermin bestimmt auf:
 Mittwoch, den 14. Dezember 1904,
 nachmittags 5 Uhr.
 Bruchsal, den 15. November 1904.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
 Baumann.
Schlußtermin.
 O.136. Nr. 10 457. Gengenbach.
 Das Konkursverfahren
 über das Vermögen des
 Karl Heintz, Gastwirts zur
 Sonne in Gengenbach betr.
 Zur Abnahme der Schlußrechnung
 des Verwalters, zur Erhebung von
 Einwendungen gegen das Schlußver-
 zeichnis der bei der Verteilung zu be-
 rücksichtigenden Forderungen ist der
 Schlußtermin bestimmt auf
 Mittwoch, den 14. Dezember 1904,
 vormittags 9 Uhr,
 vor dem Amtsgerichte hierelbst.
 Gengenbach, den 15. Nov. 1904.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
 Raif.

Bekanntmachung.
 Die Lieferung und Aufstellung der
 Eisenkonstruktionen für 8 Bauwerke
 der Bahnstrecke Engen-Weißlingen
 (Schwarzthalbahn) mit einem Ge-
 samtgewicht von: O.96.2
 221,05 Tonnen Flußeisen,
 5,52 Tonnen Gußeisen,
 3,60 Tonnen Stahlguß,
 20 kg Flußstahl,
 soll öffentlich vergeben werden.
 Das Bedingnisheft und die Zeich-
 nungen, sowie Angebotsformulare und
 Gewichtsberechnungen liegen bei un-
 terzeichneter Dienststelle zur Einsicht
 auf, dieselben werden auf Verlangen
 auch nach auswärts abgegeben, die
 hierfür zu bezahlenden Herstellungs-
 kosten werden per Nachnahme erhoben
 werden.
 Angebote sind schriftlich und ver-
 schlossen mit der Aufschrift „Angebot
 auf Eisenkonstruktionen“ bis
 3. Dezember d. J., vormittags 11 Uhr,
 zu welcher Zeit die Verdingungsver-
 handlung stattfindet, kostenfrei an mich
 einzufenden.
 Zuschlagsfrist 3 Wochen.
 Engen, den 10. Nov. 1904.
 Der Groß. Bahnbaupraktiker.

Herbstbericht für das Großherzogtum auf 16. November 1904.
 Nach den Berichten der Vertrauensmänner der landwirtschaftlichen Bezirksvereine für Weinbauenden
 zusammengestellt durch das Groß. Statistische Landesamt. **Nachdruck erwünscht!**

Reborte	Weißwein						Rotwein					
	ertragende Fläche (ha)	Durchschnitts-ertrag von ha	Gesamt-ertrag	Mittelwert (nach Dehl)	bezahlter Preis für das Hektoliter	Verkaufsgang	ertragende Fläche (ha)	Durchschnitts-ertrag von ha	Gesamt-ertrag	Mittelwert (nach Dehl)	bezahlter Preis für das Hektoliter	Verkaufsgang
Böblingen	130	10	1300	80-90	25	Herbst abgesetzt	30	8	240	80-90	35	Herbst abgesetzt
Heilbronn	31	ca. 2,4	ca. 74	68	30	"	31	ca. 2,4	ca. 74	80	40	"
St. Gallen	280	15	4200	80-90	40-41	gut wenig	-	-	-	-	-	-
St. Gallen	580	26	15080	70-85	23-24	gut viel	-	-	-	-	-	-
St. Gallen	200	24	4800	66-85	22	flau	1500	-	-	-	-	-
St. Gallen	110	18,5	ca. 2040	90-108	60-72	gut wenig	-	-	-	-	-	-
St. Gallen	20	24	480	75	46	zl. gut	-	-	-	-	-	-
St. Gallen	100	8	300	85-92	40	Herbst abgesetzt	-	-	-	-	-	-
St. Gallen	2	8,5	17	?	?	wenig	6	17	102	?	30-32	wenig
St. Gallen	15	10	150	65-70	23	flau	-	-	-	-	-	-

Untere Rheingegend:
 S. Gallen: * Es ist auch Rotwein vorhanden (Preis 30-32 M. pro hl), von dem wenig mehr veräußert ist. * Gemischter Saß. * Deutsche Reben (Weißwein und Rotwein). * Amerikaner Reben (Weißherbst).

Konkursverfahren.
 O.137. Rastatt. Das Konkurs-
 verfahren über das Vermögen des
 Spegereihändlers Wilhelm Weinmann
 von Rastatt wurde nach erfolgter
 Abhaltung des Schlußtermins wieder
 aufgehoben.
 Rastatt, den 16. November 1904.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
 Eschenauer.
Freiwillige Gerichtsbarkeit.
 O.126. Karlsruhe.
 Namensänderung betr.
 Der am 10. Februar 1883 in
 Karlsruhe geborene, daselbst wohnhafte
 Zahnarzt Robert Zantelwitz hat
 um die Ermächtigung nachgesucht,
 seinen Familiennamen in „Rastatt“ zu
 ändern.
 Etwaige Einwendungen gegen die
 Bewilligung dieses Gesuchs sind bin-
 nen 3 Wochen dahier geltend zu
 machen.
 Karlsruhe, den 14. Nov. 1904.
 Groß. Ministerium
 der Justiz, des Kultus u. Unterrichts.
 In Vertretung:
 Süß. Dr. Arnold.

**Groß. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**
 Wir haben öffentlich zu verdingen die
 Lieferung nach folgenden Magazinen
 von:

Magazin	Tannenholz	Holzlohlen
Lauda	1200 cbm	32000 kg
Heidelberg	600 "	8000 "
Wannheim	600 "	"
Karlsruhe	1000 "	72000 "
Offenburg	500 "	56000 "
Freiburg	1000 "	16000 "
Konstanz	100 "	Büchholz
Billingen	100 "	Tannenholz
	40000 kg	Holzlohlen

 Angebote sind schriftlich, verschlossen
 und mit der Aufschrift:
 „Holzverdingung 22. Nov. 1904“
 versehen spätestens
Dienstag, den 22. Nov. 1904,
 vormittags 10 Uhr,
 bei uns einzureichen.
 Die Lieferungsbedingungen und der
 Angebotsbogen werden auf portofreie
 Anfrage von uns abgegeben.
 Die Zuschlagsfrist ist auf 3 Wochen
 festgesetzt. R 96.3
 Karlsruhe, den 9. November 1904.
 Gr. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.